

Zentrales Finanzcontrolling

Vorläufiger Jahresbericht 2007 (einschließlich Kurzkomentierung)

ZUSAMMENFASSENDE BEWERTUNG

Mit dem vorläufigen Jahresabschluss 2007 stellt Bremen die Einhaltung des eingeschlagenen Sanierungskurses unter Beweis. Trotz schwieriger Bedingungen konnten im Jahr 2007 die **Ziele** der Haushaltssanierung nahezu **punktgenau erreicht** werden: Die **Primärausgaben** (Gesamtausgaben ohne Zinsausgaben) wurden im Vorjahresvergleich erneut **deutlich reduziert** und nähern sich damit – trotz der besonderen Ausgangslage als Stadtstaat – noch weiter dem bundesdurchschnittlichen (Pro-Kopf-) Niveau an. Der Primärsaldo des Stadtstaates wurde weitaus stärker als ursprünglich geplant abgesenkt. Die insbesondere auf Steuermehreinnahmen beruhenden Einnahmeverbesserungen wurden nicht für Mehrausgaben genutzt, sondern **in vollem Umfang zur Begrenzung der Neuverschuldung** eingesetzt. Der gegenüber dem Bundesverfassungsgericht gemeldete Eigenbeitrag wird somit im vollen Umfang erbracht.

Die Konsolidierungsfortschritte auf der Ausgabenseite der Haushalte konnten dabei nur durch konsequente Beschlüsse und Steuerungsmaßnahmen erreicht werden: Trotz deutlichen Anstiegs der Zinsausgaben (+ 10,7 %) lagen die **Bereinigten Ausgaben** des Stadtstaates 2007 um **0,3 % unter dem Vorjahresniveau**. Ermöglicht wurde dieses Ergebnis durch einen weiteren deutlichen Abbau der Leistungsausgaben („**Primärausgaben**“), zu denen Investitionsausgaben, Personalausgaben und sonstige laufende Sachausgaben gehören. Insgesamt konnten die Primärausgaben im Vorjahresvergleich **um knapp 73 Mio. € (- 2,1 %) verringert** werden. Der für das Jahr 2007 an das Bundesverfassungsgericht gemeldete Zielwert des Stadtstaates wird damit nahezu punktgenau eingehalten. **Innerhalb von nur drei Jahren** sanken die Leistungsausgaben der bremischen Haushalte damit **um über 8 %**.

Entsprechend des Sanierungspfades ist der deutliche Abbau der Primärausgaben vor allem auf den **Rückgang der Investitionsausgaben** zurückzuführen. Während die **Personalausgaben** gegenüber 2006 moderat stiegen (+ 5 Mio. € bzw. + 0,4 %) und die **sonstigen konsumtiven Ausgaben** insbesondere aufgrund der weiterhin steigenden gesetzlich verpflichteten Sozialleistungsausgaben im Vorjahresvergleich ein um 28 Mio. € erhöhtes Ausgabenniveau aufwiesen (+ 1,7 %), sanken die **Investitionsausgaben** des Stadtstaates gleichzeitig um 106 Mio. € (- 17,0 %). Mit Investitionsausgaben von 516,4 Mio. € entspricht dies jedoch ebenfalls nahezu punktgenau dem entsprechenden Anschlagswert auf Ebene des Stadtstaates.

Mit der plangemäßen Begrenzung der Leistungsausgaben konnten die anhaltenden Einnahmeverbesserungen aufgrund des bundesweit inzwischen wieder stärker wachsenden Steueraufkommens ohne Einschränkungen dazu genutzt werden, die Finanzierungslücken der bremischen Haushalte zu reduzieren, d. h. Kreditaufnahme in entsprechender Größenordnung zu vermeiden: Während die **steuerabhängigen Einnahmen** des Stadtstaates im Jahresergebnis nach vorläufiger Einschätzung um **235,7 Mio. €** höher als zum Zeitpunkt der Anschlagbildung unterstellt ausfallen werden, verbesserte sich der **Primärsaldo** um **235,2 Mio. €**. Trotz erheblicher Schwierigkeiten bei der Deckung unerwarteter bzw. aus der unzureichenden Veranschlagung resultierender Finanzierungslücken im Haushaltsvollzug ist es Bremen gelungen, die auch gegenüber dem Bundesverfassungsgericht **zugesagte ausschließliche Verwendung steuerlicher Mehreinnahmen für die Begrenzung der Neuverschuldung einzuhalten**.

Entscheidende Beiträge zur positiven Gesamtbilanz der bremischen Haushalte im Jahr 2007 leistete demnach die Entwicklung der **steuerabhängigen Einnahmen**, die im Vorjahr für den Stadtstaat gegenüber 2006 ein Plus von **143 Mio. € (+ 5,5 %)** aufwiesen. Damit konnte ein erneut deutlich über dem langjährigen Durchschnitt liegender Anstieg der steuerabhängigen Einnahmen und mit **2.738 Mio. €** das **höchste bisher erreichte Einnahmenniveau** überhaupt verzeichnet werden. Noch nicht befriedigend ist allerdings, dass die Einnahmen aus dem **Länderfinanzausgleich (LFA)** und aus **Bundesergänzungszuweisungen (BEZ)**, über die die steuerabhängigen Einnahmen des Stadtstaates an die bundesweite Steuerentwicklung gekoppelt sind, dabei stärker stiegen (**+ 10,0 %**) als die **eigenen Steuereinnahmen** des Landes und seiner Gemeinden (**+ 4,2 %**). Zum Anstieg der originären bremischen Steuereinnahmen trugen insbesondere die Lohn- und Einkommensteuer, die (Einfuhr-)Umsatzsteuer sowie die Körperschaftsteuer bei. Rückläufig fiel – einzelfallbedingt und ausgehend von einem sehr hohen Vorjahresniveau - allein das Aufkommen der Gewerbesteuer aus.

STADTSTAAT BREMEN - Gesamthaushalt	Die Senatorin für Finanzen		
Controllingbericht Januar - Dezember 2007	Referat 20	Controlling	16. Jan 08

KASSENMÄßIGER HAUSHALTSABLAUF *)

Kennzahl	IST Januar - Dezember				Anschlag
	2006	2007	Veränderung 07/06		
	Mio. Euro			%	Mio. Euro
1. Steuerabhängige Einnahmen	2.595,1	2.738,0	+ 142,9	+ 5,5	2.502,3
1.1 Steuern	2.022,4	2.108,2	+ 85,7	+ 4,2	1.959,9
Lohn- und Einkommensteuer	639,3	689,8	+ 50,5	+ 7,9	642,3
(Einfuhr-)Umsatzsteuer	482,9	506,3	+ 23,4	+ 4,9	512,1
Körperschaftsteuer	108,5	127,4	+ 18,9	+ 17,4	108,3
Gewerbesteuer 1)	364,0	346,8	- 17,2	- 4,7	296,6
Sonstige	427,7	437,8	+ 10,1	+ 2,4	400,7
1.2 Länderfinanzausgleich (LFA)	380,5	416,3	+ 35,8	+ 9,4	361,4
1.3 Bundesergänzungszuweis. (BEZ)	192,2	213,6	+ 21,4	+ 11,1	180,9
Fehlbetrags-BEZ	131,9	153,2	+ 21,4	+ 16,2	117,0
Sonderbedarfs-BEZ	60,3	60,3	+ 0,0	+ 0,0	60,3
2. Sonstige konsumtive Einnahmen	503,2	494,1	- 9,1	- 1,8	458,5
3. Investive Einnahmen	125,1	100,1	- 25,1	- 20,0	85,3
I. BEREINIGTE EINNAHMEN	3.223,5	3.332,1	+ 108,6	+ 3,4	3.046,1
Primäreinnahmen	3.213,9	3.326,5	+ 112,5	+ 3,5	3.037,3
4. Personalausgaben	1.261,1	1.265,9	+ 4,8	+ 0,4	1.282,6
5. Zinsausgaben	547,2	605,7	+ 58,5	+ 10,7	647,8
6. Sonstige konsumtive Ausgaben 2)	1.635,0	1.663,3	+ 28,4	+ 1,7	1.593,5
7. Investitionsausgaben	622,1	516,4	- 105,7	- 17,0	515,6
II. BEREINIGTE AUSGABEN	4.065,3	4.051,3	- 14,0	- 0,3	4.039,4
Primärausgaben	3.518,1	3.445,6	- 72,5	- 2,1	3.391,6
Konsumtive Ausgaben	3.443,2	3.534,9	+ 91,7	+ 2,7	3.523,8
Konsumtive Primärausgaben	2.896,0	2.929,2	+ 33,2	+ 1,1	2.876,0
III. FINANZIERUNGSSALDO	-841,8	-719,2	+ 122,6	+ 14,6	-993,3
Konsumtiver Finanzierungssaldo	-344,9	-302,9	+ 42,0	+ 12,2	-563,0
Investiver Finanzierungssaldo	-497,0	-416,4	+ 80,6	+ 16,2	-430,2
Primärsaldo	-304,2	-119,1	+ 185,1	+ 60,8	-354,3
Konsumtiver Primärsaldo	202,3	302,8	+ 100,5	+ 49,7	84,7
nachrichtlich (in %) :					
Zins-Steuerquote (5 / (1-SoBEZ))	21,6	22,6	----	----	26,5
Defizitquote (III / II)	20,7	17,8			24,6
Deckungsquote (I / II)	79,3	82,2	----	----	75,4
D.quote Leistungsausg. (I / (II-5))	91,6	96,7	----	----	89,8
Zins-Ausgabenquote (5 / II)	13,5	15,0	----	----	16,0
Personal-Steuerquote (4 / 1.1)	62,4	60,0	----	----	65,4
Investitionsquote (7 / II)	15,3	12,7	----	----	12,8
Primärausgaben pro Einw. (in €) 3)	5.299	5.200	-98,7	-1,9	5.108

1) Gewerbesteuer (netto) + Landesanteil an der (erhöhten) Gewerbesteuerumlage

2) einschließlich Tilgungsausgaben an Verwaltungen

3) Einwohner des Landes 2006: jew. Monat / 2007: Aktuell verfügbarer Monat

Mit den Steuermehreinnahmen konnten plangemäße Rückgänge der übrigen konsumtiven und investiven Einnahmepositionen überkompensiert werden, so dass die **Bereinigten Einnahmen** des Stadtstaates insgesamt im Berichtsjahr um gut **109 Mio. € (+ 3,4 %)** stiegen.

Gleichzeitig dokumentiert das Jahresergebnis 2007 der bremischen Haushalte, dass es gelungen ist, im Verlaufe des Haushaltsjahres Risiken, die insbesondere die Ausgabenseite betrafen, durch konsequente **Gegensteuerungsmaßnahmen** zu lösen und nicht – dem Beispiel anderer Länder und des Bundes folgend – den Weg über Steuermehreinnahmen zu gehen. Gleichzeitig konnte in Abstimmung mit den Ressorts sichergestellt werden, dass theoretische **Ausgabemöglichkeiten** (Rücklagen, Reste) **nicht in vollem Umfang ausgeschöpft** wurden. Der Erfolg dieser konsequenten Haushaltssteuerung zeigt sich im **Stadtstaatenvergleich**: Im Haushaltsjahr 2007 ist es Bremen mit hoher Wahrscheinlichkeit zum ersten Mal wieder gelungen, die **Primärausgaben pro Einwohner unter das Vergleichsniveau Hamburgs** zu reduzieren und den ohnehin bereits beträchtlichen Abstand zu Berlin zu halten.

Im Zusammenwirken von Steuermehreinnahmen und Einsparungen auf der Ausgabenseite konnte das **Finanzierungsdefizit** der bremischen Haushalte gegenüber 2006 **um 123 Mio. € verringert** werden (- 14,6 %). Der noch negative **Primärsaldo** des Stadtstaates, dessen vollständiger Ausgleich bis 2009 das zentrale Ziel der Eigenanstrengungen Bremens zur Haushaltssanierung darstellt, wurde innerhalb eines Jahres **um 185 Mio. € verbessert**. Gegenüber dem Vorjahr sank der Anteil der über Kreditaufnahme zu finanzierenden Leistungsausgaben damit um mehr als 60 %. Die **Neuverschuldung** der Haushalte konnte **um knapp 274 Mio. € unter den ursprünglichen Planungen** gehalten werden.

Dass sich trotz dieser positiven Jahresergebnisse eine – ohnehin aus eigener Kraft nicht zu realisierende – Befreiung aus der Haushaltsnotlage für Bremen nicht annähernd abzeichnet, verdeutlichen folgende Kennzahlen: Die **Zins-Steuer-Quote** Bremens lag 2007 – aufgrund der stärker als die steuerabhängigen Einnahmen steigenden Zinsausgaben – mit **22,6 %** um fast einen Prozentpunkt über dem Vorjahresniveau. Die **Deckungsquote** der Haushalte hat zwar mit **82,2 %** die 80 %-Marke überschritten, der (fundierte) **Schuldenstand des Stadtstaates** stieg - einschließlich BKF und sonstiger Sondervermögen - im Jahresverlauf jedoch weiter **um mehr als 911 Mio. €** an, wobei erneut ein erheblicher Anteil der Neuverschuldung planmäßig für die von Bremen weitgehend allein zu tragenden **Hafenlasten** (u. a. knapp 255 Mio. € für CT IV und Kaiserschleuse) aufzuwenden war.

Auch **2008** ist daher der konsequente **Sanierungskurs** für die bremischen Haushalte unverändert **fortzusetzen**. Zwar ist es erforderlich die nicht mehr anders auszugleichenden Mehrbedarfe **für gesetzlich verpflichtete Ausgaben**, insbesondere im Bereich der Sozialleistungen den gegenüber dem Bundesverfassungsgericht genannten Primärausgaberrahmen um rd. 54 Mio. € auf Stadtstaaten-ebene zu überschreiten. Weitere Mehrausgaben gegenüber dem festgelegten Sanierungspfad sind bei Aufstellung und Vollzug der Haushalte allerdings konsequent auszuschließen. Steuermehreinnahmen dürfen auch im angelaufenen Haushaltsjahr nicht für zusätzliche Leistungsausgaben genutzt werden. Ein Nachlassen im Bemühen, den **möglichen Sanierungsbeitrag** - als Ergänzung einer notwendigen externen Entschuldung und der erforderlichen verbesserten Finanzausstattung des Landes - **in vollem Umfang zu leisten**, ist nicht vertretbar. Das hierauf gerichtete Haushaltscontrolling ist daher auch 2008 zeitnah und effektiv fortzusetzen.

Detaillierter lassen sich die Einzelentwicklungen in den bremischen Haushalten 2007 wie folgt abbilden:

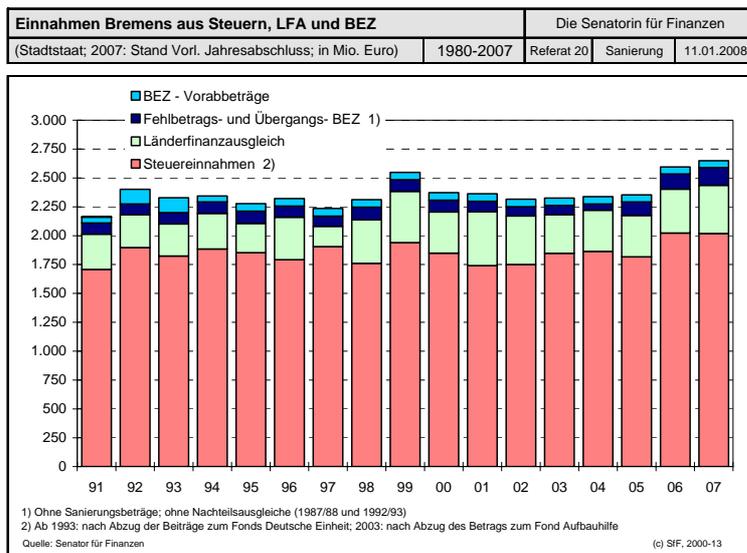
BEREINIGTE EINNAHMEN

Die Bereinigten Einnahmen des Stadtstaates lagen 2007 mit 3,332 Mrd. € um rd. 109 Mio. € (+ 3,4 %) über dem Vorjahr (Land und Stadtgemeinde Bremen: + 96 Mio. € bzw. + 3,1 %). Folgende Entwicklungen der einzelnen Einnahmearten liegen dieser deutlichen Zunahme zugrunde:

Steuerabhängige Einnahmen

Die steuerabhängigen Einnahmen des Stadtstaates sind im Jahr 2007 gegenüber dem Vorjahr um 143 Mio. € auf 2,738 Mrd. € gestiegen (+ 5,5 %). Damit wurden im Jahresergebnis nicht nur die Anschlagswerte um rd. 236 Mio. €, sondern auch die Erwartungen der unterjährigen Steuerschätzungen deutlich überschritten. Für das Land und die Stadtgemeinde Bremen betragen die Mehreinnahmen gegenüber dem Anschlag knapp 226 Mio. €.

Besonders positive Entwicklungen im Vorjahresvergleich wiesen bei den **originären bremischen Steuereinnahmen** dabei landesweit die Körperschaftsteuer (+ 19 Mio. €), die Lohn- und Einkommensteuer (+ 51 Mio. €) sowie die (Einfuhr-)Umsatzsteuer (+ 23 Mio. €) auf. Gemessen an den Haushaltsanschlüssen fällt die vorläufige Jahresbilanz vor allem bei der Gewerbesteuer, der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und der Zinsabschlagsteuer überdurchschnittlich aus. Die (Einfuhr-)Umsatzsteuer blieb aufgrund hoher Verteilungsbeträge an die übrigen Bundesländer, die in den Abrechnungsmonaten zu spürbaren Rückgängen führten, um 6 Mio. € unter dem Anschlagswert zurück.



Die empfangenen Zahlungen aus dem **Länderfinanzausgleich** lagen im Jahr 2007 um 36 Mio. € über dem Vorjahreswert und - trotz niedriger Vorabträge - um rd. 55 Mio. € über dem Anschlag. Auch die **Bundesergänzungszuweisungen** überstiegen sowohl das Vorjahresniveau (+ 21 Mio. €) als auch den Anschlag 2007 (+ 33 Mio. €) deutlich.

Die im Berichtsjahr insgesamt verbuchten Beträge ergeben das höchste bisher erreichte Einnahmehöhepunkt im Stadtstaat Bremen überhaupt (vgl. **Abbildung 2**).

Sonstige konsumtive Einnahmen

Mit 455 Mio. € blieben die vereinnahmten sonstigen konsumtiven Haushaltsmittel des Landes und der Stadtgemeinde im Berichtszeitraum um knapp 5 Mio. € hinter dem Vorjahresniveau zurück (Stadtstaat: - 9 Mio. € auf 494 Mio. €). Während die Gewinne aus Beteiligungen an Hafengesellschaften plangemäß (+ 5 Mio. €) anstiegen, fiel die Entwicklung der übrigen laufenden Einnahmepositionen leicht rückläufig aus bzw. bewegte sich auf Vorjahresniveau.

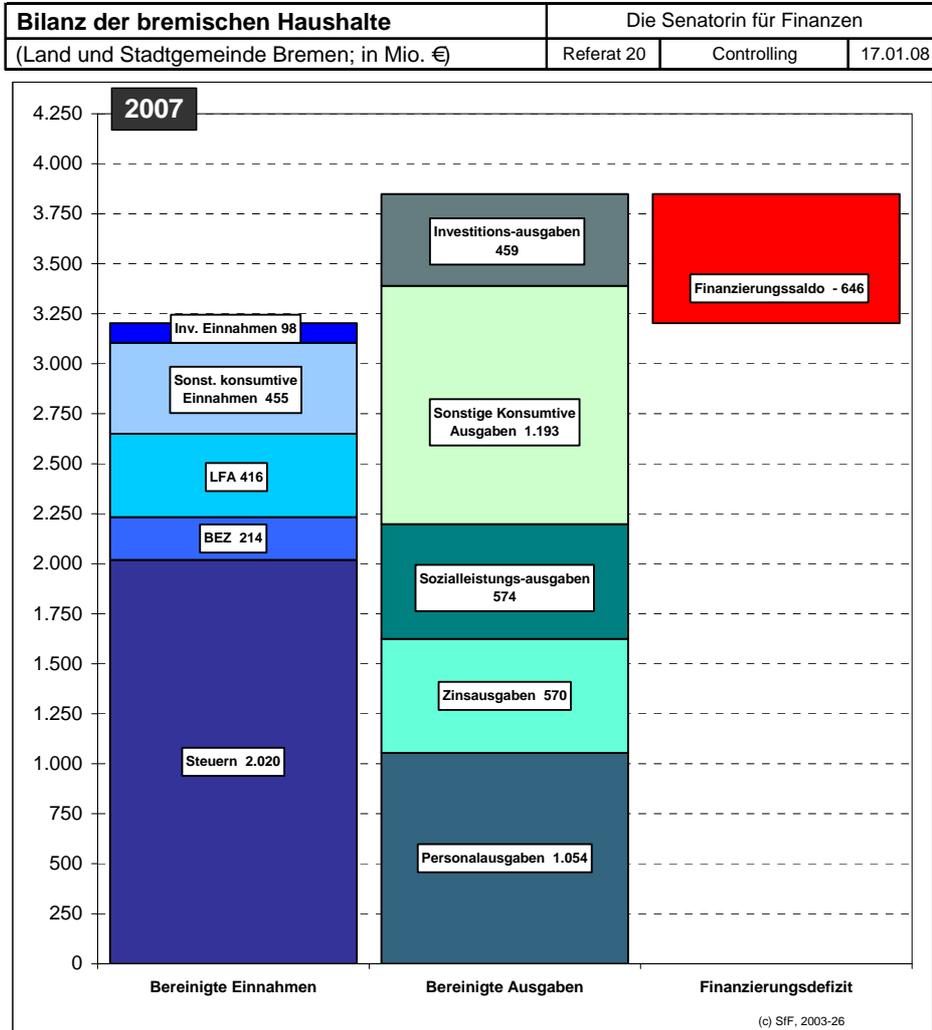
Tab. 1: VORLÄUFIGER KASSENMÄßIGER HAUSHALTSABLAUF LAND UND STADTGEMEINDE BI

Kennzahl	nachrichtl.:				IST Januar - Dezember				Planwert (Anschlag) 1)		Planwert (HH-Soll) 2)	
	Ist	Anschlag	Veränderung 07/06		2006	2007	Veränderung 07/06		Jan. - Dez.	IST-Plan- Abweich.	Jan. - Dez.	IST-Plan- Abweich.
	2006	2007			Mio. Euro		%		Mio. Euro		Mio. Euro	
1. Steuerabhängige Einnahmen	2.516,6	2.424,1	- 92,6	- 3,7	2.516,6	2.649,5	+ 132,9	+ 5,3	2.424,0	+ 225,5	2.631,7	+ 17,7
1.1 Steuern	1.943,9	1.881,7	- 62,2	- 3,2	1.943,9	2.019,6	+ 75,7	+ 3,9	1.881,7	+ 137,9	2.009,5	+ 10,2
1.2 Länderfinanzausgleich (LFA)	380,5	361,4	- 19,1	- 5,0	380,5	416,3	+ 35,8	+ 9,4	361,4	+ 54,9	409,0	+ 7,3
1.3 Bundesergänzungszuweis. (BEZ)	192,2	180,9	- 11,3	- 5,9	192,2	213,6	+ 21,4	+ 11,1	180,9	+ 32,7	213,3	+ 0,3
1.3.1 Sonderbedarfs-BEZ	60,3	60,3	+ 0,0	+ 0,0	60,3	60,3	+ 0,0	+ 0,0	60,3	+ 0,0	60,3	+ 0,0
1.3.2 Fehlbetrags-BEZ	131,9	120,6	- 11,3	- 8,5	131,9	153,2	+ 21,4	+ 16,2	120,6	+ 32,6	153,0	+ 0,3
2. Sonstige konsumtive Einnahmen	459,9	436,9	- 23,1	- 5,0	459,9	455,0	- 5,0	- 1,1	436,9	+ 18,1	436,9	+ 18,1
2.1 Sozialleistungseinnahmen	99,8	89,3	- 10,5	- 10,5	99,8	99,3	- 0,5	- 0,5	89,3	+ 10,0	89,3	+ 10,0
3. Investive Einnahmen	129,3	88,2	- 41,1	- 31,8	129,3	98,0	- 31,3	- 24,2	88,2	+ 9,8	88,2	+ 9,8
3.1 Vermögensveräußerungen	7,8	7,3	- 0,5	- 6,1	7,8	2,7	- 5,1	- 65,7	7,3	- 4,6	0,1	+ 2,6
I. BEREINIGTE EINNAHMEN	3.105,9	2.949,2	- 156,7	- 5,0	3.105,9	3.202,5	+ 96,6	+ 3,1	2.949,1	+ 253,4	3.156,8	+ 45,6
Primäreinnahmen	3.098,0	2.941,8	- 156,2	- 5,0	3.098,0	3.199,8	+ 101,8	+ 3,3	2.941,8	+ 258,0	3.156,7	+ 43,0
4. Personalausgaben	1.052,3	1.067,9	+ 15,6	+ 1,5	1.052,3	1.053,8	+ 1,5	+ 0,1	1.067,9	- 14,0	1.068,4	- 14,6
5. Zinsausgaben	514,9	601,8	+ 86,8	+ 16,9	514,9	570,0	+ 55,0	+ 10,7	601,8	- 31,8	575,0	- 5,0
6. Sozialleistungsausgaben	557,0	529,7	- 27,3	- 4,9	557,0	573,6	+ 16,6	+ 3,0	529,7	+ 43,8	529,7	+ 43,8
7. Sonstige konsumtive Ausgaben 3)	1.179,2	1.165,8	- 13,4	- 1,1	1.179,2	1.192,5	+ 13,3	+ 1,1	1.165,8	+ 26,8	1.165,8	+ 26,8
8. Investitionsausgaben	566,9	477,9	- 88,9	- 15,7	566,9	458,5	- 108,4	- 19,1	477,9	- 19,5	477,9	- 19,5
II. BEREINIGTE AUSGABEN 4)	3.870,3	3.843,1	- 27,2	- 0,7	3.870,3	3.848,4	- 22,0	- 0,6	3.843,1	+ 5,3	3.816,8	+ 31,5
Primärausgaben	3.355,4	3.241,3	- 114,1	- 3,4	3.355,4	3.278,4	- 77,0	- 2,3	3.241,3	+ 37,1	3.241,8	+ 36,5
Konsumtive Ausgaben	3.303,4	3.365,1	+ 61,7	+ 1,9	3.303,4	3.389,9	+ 86,5	+ 2,6	3.365,1	+ 24,8	3.338,9	+ 51,0
Konsumtive Primärausgaben	2.788,5	2.763,4	- 25,1	- 0,9	2.788,5	2.819,9	+ 31,4	+ 1,1	2.763,4	+ 56,5	2.763,9	+ 56,0
III. FINANZIERUNGSSALDO	-764	-894	- 129	+ 16,9	-764	-646	+ 119	- 15,5	- 894	+ 248	- 660	+ 14
Konsumtiver Finanzierungssaldo	-327	-504	- 177	+ 54,2	-327	-285	+ 41	- 12,7	- 504	+ 219	- 270	- 15
dar. eckwertrelevant (2-4-6-7)	-2.329	-2.327	+ 2	- 0,1	-2.329	-2.365	- 36	+ 1,6	- 2.327	- 38	- 2.327	- 38
Investiver Finanzierungssaldo	-438	-390	+ 48	- 10,9	-438	-360	+ 77	- 17,6	- 390	+ 29	- 390	+ 29
Primärsaldo	-257	-300	- 42	+ 16,4	-257	-79	+ 179	- 69,5	- 300	+ 221	- 85	+ 6
dar. eckwertrelevant (2+3-3.1-4-6-7-8)	-2.774	-2.724	+ 50	- 1,8	-2.774	-2.728	+ 46	- 1,7	- 2.724	- 5	- 2.717	- 11
Konsumtiver Primärsaldo	188	98	- 90	- 48,1	188	285	+ 96	+ 51,3	+ 97	+ 187	+ 305	- 20
nachrichtlich (in %) :												
Deckungsquote (I / II)	80,2	76,7	----	----	80,2	83,2	----	----	76,7	----	82,7	----
Primärdeckungsquote	92,3	90,8	----	----	92,3	97,6	----	----	90,8	----	97,4	----
Zins-Steuerquote (5 / (1 - 1.3.1))	21,0	25,5	----	----	21,0	22,0	----	----	25,5	----	22,4	----
Zins-Ausgabenquote (5 / II)	13,3	15,7	----	----	13,3	14,8	----	----	15,7	----	15,1	----
Personal-Steuerquote (4 / 1)	54,1	56,8	----	----	54,1	52,2	----	----	56,8	----	53,2	----
Investitionsquote (8 / II)	14,6	12,4	----	----	14,6	11,9	----	----	12,4	----	12,5	----
Primärausgaben pro Einw. (in €) 5)	5.057	4.887	- 170	- 3,4	5.057	4.943	- 114	- 2,3	4.876	+ 67	4.867	+ 76

1) Der Planwert ist gebildet auf den Anschlag und verändert sich im Laufe des Jahres nicht
2) Steuerabhängige Einnahmen: Planwerte auf Basis der aktuellen Steuerschätzung; Ressortmeldungen: Stand Vormonat
3) einschließlich Tilgungsausgaben an Verwaltungen
4) Anschlag und Planwert: einschließlich Globaler Mehr- bzw. Minderausgaben
5) Einwohner des Landes 2006: Ende des Berichtsmonats , 2007: Jeweils aktuell verfügbarer Stand

Investive Einnahmen

Die investiven Einnahmen lagen Ende Dezember in Land und Stadtgemeinde Bremen um rd. 31 Mio. € unter dem vergleichbaren Vorjahreswert. Ursächlich für den Rückgang war der Wegfall der Zuweisungen und Zuschüsse nach dem Hochschulbauförderungsgesetz (HBFG) sowie die - ebenfalls plangemäß - um 5 Mio. € rückläufigen Veräußerungserlöse.



BEREINIGTE AUSGABEN

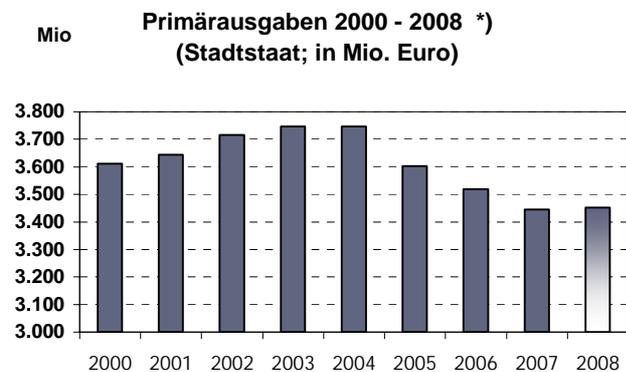
Die Bereinigten Ausgaben des Stadtstaates betragen in 2007 4,051 Mrd. € und blieben damit um knapp 14 Mio. € (- 0,3 %) hinter dem Vergleichswert des Jahres 2006 zurück (Land und Stadtgemeinde: - 22 Mio. € bzw. - 0,6 %). Die Entwicklung nach einzelnen Ausgabearten stellt sich dabei wie folgt dar:

Zinsausgaben

Die Zinsausgaben lagen im Jahr 2007 im Stadtstaat (mit 606 Mio. €) um 59 Mio. € und im Land und der Stadtgemeinde (mit 570 Mio. €) um knapp 55 Mio. € über dem Vorjahreswert, allerdings jeweils relativ deutlich unter dem Anschlag. Die höheren Zinsausgaben für das Land und die Stadtgemeinde teilen sich wie folgt auf: 30 Mio. € Zinsausgaben durch die Nettokreditaufnahme mit einem durchschnittlichen Zins von rd. 3,9 % p.a. in 2006 sowie 25 Mio. € durch eine durchschnittliche Zinssteigerung im Geldmarkt von rd. 1 % p.a. gegenüber 2006.

Primärausgaben

Die Primärausgaben, d. h. die Bereinigten Ausgaben abzüglich der Zinsausgaben, deren absolutes Niveau und deren einwohnerbezogene Relation zu Vergleichswerten des übrigen Bundesgebietes zentrale Steuerungsgrößen des eigenverantworteten bremischen Sanierungsbeitrages und zugleich entscheidende Maßstäbe der hierauf gerichteten Erfolgskontrollen darstellen, konnten im Stadtstaaten-Ergebnis 2007 um rd. 73 Mio. € (-2,1 %) zurückgefahren werden (Land und Stadtgemeinde: - 77 Mio. € bzw. - 2,3 %). Auch 2007 haben die Investitionsausgaben zu diesem deutlichen Ausgabenabbau mit einem hohen Anteil beigetragen, während die Sozialleistungsausgaben (+ 3,0 %) und die sonstigen konsumtiven Ausgaben (ohne Sozialleistungsausgaben: + 1,1 %) einen relativen Anstieg verzeichnen. Die Personalausgaben blieben annähernd auf Vorjahresniveau.



*) 2000 - 2006 Stand: 14. Monat; 2007 Stand: Vorläuf. Jahresabschluss; 2008: Entwurf

Die Primärausgaben, die sich im Berichtsjahr auch pro Einwohner um 1,8% (auf knapp 5.197 €) verringerten, setzten damit den Abwärtstrend der Vorjahre fort (vgl. **Abbildung**).

Für 2008 wird planerisch mit einem leichten Anstieg gerechnet, wobei die Mehrbedarfe sich aus gesetzlich verpflichteten Mehrausgaben (Sozialleistungen, Auslagen in Rechtsachen, u. a.) ergeben. Der aktuelle Rahmen sieht bei den Primärausgaben 2008 eine Überschreitung der Werte der ergänzenden Klageschrift (März 2007) in Höhe von 54 Mio. € auf Stadtstaatenebene vor.

Personalausgaben

Die Personalausgaben in der Kernverwaltung insgesamt betragen für das Jahr 2007 rd. 1.054 Mio. €. Gegenüber dem Rechnungsergebnis 2006 in Höhe von 1.052 Mio. € sind sie um 1,5 Mio. € bzw. um rd. 0,1 % leicht gestiegen.

Darin enthalten ist ein Anstieg der Ausgaben für Versorgung (einschl. Beihilfe) um rd. 9 Mio. € bzw. 2,9 %, der durch die weitere Begrenzung des Beschäftigungsumfangs kompensiert wurde. Hierdurch konnten die Bezüge im Kernbereich im Vergleich zum Vorjahr um rd. 10 Mio. € bzw. -1,5 % reduziert werden.

Gegenüber dem voraussichtlichen Mittelrahmen bzw. Controllingsoll in Höhe von 1.068 Mio. € (einschl. der freizugebenen Reste aus den Vorjahren in Höhe von rd. 3,7 Mio. €) bedeutet dies Minderausgaben von rd. 14,5 Mio. € bzw. 1,4 %. Von diesen Minderausgaben entfallen einschl. der Reste aus den Vorjahren rd. 7,0 Mio. € auf die einzelnen Ressorts sowie rd. 7,6 Mio. € auf die zentralen Personalausgaben. Ohne Berücksichtigung der Reste entfallen rd. 5,2 Mio. € auf die Ressorts sowie rd. 5,6 Mio. € auf die zentralen Personalausgaben. Die Minderausgaben bei den Ressorts sind auf Zielzahlunterschreitungen zurückzuführen, die erforderlich sind, um die ab 2008 ff. hohen PEP-Einsparvorgaben erwirtschaften zu können. Darüber hinaus werden die Minderausgaben bei den Ressorts im Rahmen des Jahresabschlusses mit Mindereinnahmen und konsumtiven Mehrausgaben verrechnet.

Die Beschäftigungszielzahlen von durchschnittlich 14.092 Vollkräften wurden im Kernbereich durchschnittlich um 6,4 Vollkräfte marginal unterschritten.

Bei einem Bestand von 14.013 Vollkräften zum 1. Dezember 2007 ist das Beschäftigungsvolumen gegenüber Dezember 2006 um rd. 234 Vollzeitäquivalente gesunken. Die zu erreichende PEP-Einsparquote für das Jahr 2007 in Höhe von 163,5 Vollezeiteinheiten wurde somit realisiert.

Sozialleistungsausgaben

Die Sozialleistungsausgaben des Landes und der Stadtgemeinde lagen kassenmäßig betrachtet 2007 um rd. 17 Mio. € (+ 3,0 %) über dem Vorjahresniveau. Diese Überschreitung ist im Wesentlichen durch Mehrausgaben bei der Erziehungshilfe (+ 11 Mio. €) und Zuweisungen an Bremerhaven begründet (+ 5 Mio. €). Die "Kosten der Unterkunft" waren dagegen rückläufig.

Das kassenmäßige vorläufige Ist lag um rd. 44 Mio. € über dem Anschlag. Die Überschreitung konnte durch ein entsprechendes Lösungskonzept des Senats grundsätzlich aufgefangen werden. Ein endgültiger Ausgleich ist für den 13. Monat bzw. den Jahresabschluss geplant. Im Rahmen seiner Berichterstattung berichtet die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales ausführlich zu den Sozialleistungen und ihren Steuerungsmaßnahmen.

Parallel wurden Sozialleistungsmehreinnahmen zum Jahresende i. H. v. rd. 10 Mio. € erzielt. Diese Mehreinnahmen werden im Jahresabschluss zur Deckung der Mehrausgaben eingesetzt. Die Mehreinnahmen entstanden im Wesentlichen durch die 29,1%ige Bundesbeteiligung an den "Kosten der Unterkunft" sowie durch nachgehende Einnahmen im Bereich der bisherigen Hilfen nach dem BSHG.

Sonstige konsumtive Ausgaben

Das Ergebnis der sonstigen konsumtiven Ausgaben beim Land und der Stadtgemeinde Bremen (ohne Sozialleistungsausgaben) ist im Vorjahresvergleich um + 13 Mio. € höher ausgefallen und betrug 1.193 Mio. € (+ 1,1 %). Ursächlich hierfür sind neben gestiegenen Schlüssel- und Ausgleichszuweisungen an Bremerhaven (+ 3 Mio. €) u. a. gestiegene Ausgaben im Zusammenhang mit drittmittelfinanzierten ESF-Programmen (+ 7 Mio. €).

Die sonstigen konsumtiven Ausgaben (einschl. Sozialleistungsausgaben) des Stadtstaates lagen um 28 Mio. € über dem Vorjahreswert. Die konsumtiven Ausgaben übertrafen im Wesentlichen aufgrund der unterjährigsten Sollveränderung und gesetzlich verpflichteter Mehrbedarfe um 70 Mio. € den Anschlag des Stadtstaates.

Investitionsausgaben

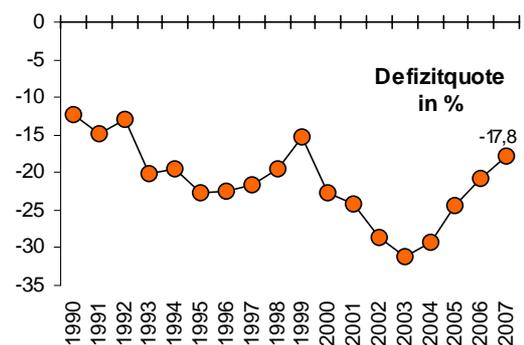
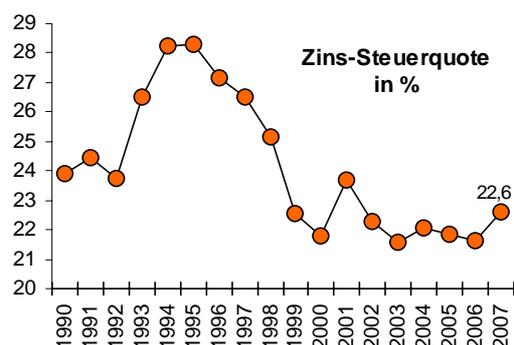
Bei den Investitionen lag bereits der Anschlag des Stadtstaates für das Jahr 2007 um 72 Mio. € unter dem Anschlag 2006. Die tatsächlich getätigten Investitionsausgaben des Stadtstaates entsprechen dabei nahezu genau dem entsprechenden Anschlagswert (515,6 Mio. €) und lagen jedoch um 106 Mio. € unter dem Ist-Wert des Jahres 2006.

Für das Land und die Stadtgemeinde Bremen lag bereits der Anschlag 2007 um 89 Mio. € unter dem Vorjahres-Ist. Im kassenmäßigen Ist Ende Dezember lagen die Investitionen um knapp 108 Mio. € unter dem Vergleichswert 2006 (-19,1 %). Das vorläufige Jahresergebnis lag damit - trotz deutlicher Sollveränderungen (Rücklagenentnahme; Drittmittel) - gleichzeitig um 20 Mio. € unter dem Anschlag.

Salden und Quoten

Quoten

Bei einem Vergleich Bremens mit Haushalten anderer Länder ist die Stadtstaatenabgrenzung die maßgebliche Ebene. Insbesondere bei der Entwicklung der Quoten und Salden muss sich dabei der Stadtstaat Bremen u. a. vor dem Bundesverfassungsgericht messen lassen:



Stand:21.01.2008

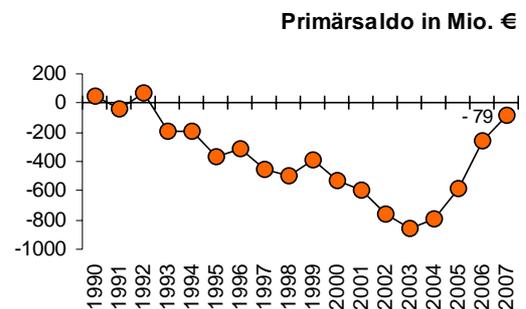
Die bedeutendsten Quoten zur Beurteilung einer Haushalts(not)lage sind die Zins-Steuerquote sowie die Kreditfinanzierungsquote, wobei letztere erst nach Ablauf des 14. Monats aussagekräftig ist und vorher durch die Defizitquote ersetzt wird.

Aufgrund der jeweils höchsten jemals erreichten Werte sowohl bei den steuerabhängigen Einnahmen als auch bei den Zinsausgaben verschlechterte sich die Zins-Steuerquote gegenüber 2006 und lag im Jahresergebnis 2007 mit 22,6 % um + 1,0 %-Punkte über Vorjahresniveau. Positiv hat sich die Zins-Steuerquote zum Anschlag entwickelt: Zur Aufstellung der Haushalte 2007 wurde mit 26,5 % ein um 3,9 %-Punkte höhere Quote erwartet, als tatsächlich erreicht wurde.

Auch die **Defizitquote**, die den nicht durch Einnahmen gedeckten und somit kreditfinanzierten Teil der Ausgaben abbildet, fällt mit 17,8 % deutlich geringer als zur Haushaltsaufstellung erwartet aus. Der Anschlagswert konnte um 6,8 %-Punkte unterschritten werden. Insgesamt ist ohne Berücksichtigung der Sanierungs-BEZ die niedrigste Defizitquote der letzten acht Jahre erreicht worden.

Salden

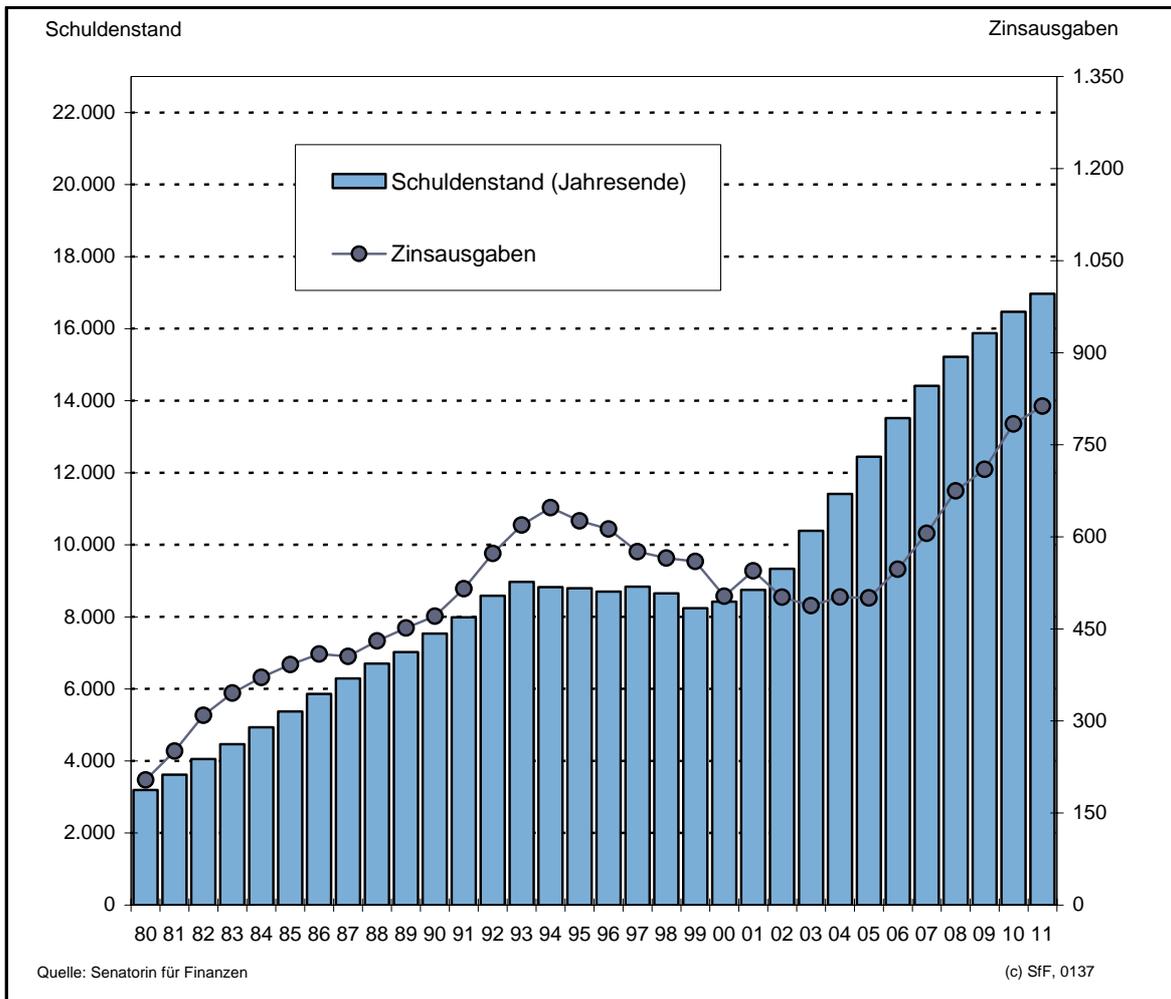
Aufgrund der hohen steuerabhängigen Einnahmen und der rückläufigen Ausgabenentwicklung verzeichneten alle Haushaltssalden des Stadtstaates Bremen - trotz des deutlichen Rückgangs bei den Investiven Einnahmen sowie dem Anstieg der Zinsausgaben - eine zum Vorjahr positive Entwicklung: Das Finanzierungsdefizit ging zum Jahresabschluss 2007 um 123 Mio. € auf 719 Mio. € zurück, wobei der Anteil des investiven Saldos 81 Mio. € und der Anteil des konsumtiven Saldos 42 Mio. € beitrug. Noch positiver entwickelte sich der Primärsaldo, der um über 185 Mio. € zurückging und mit aktuell -119 Mio. € nur noch weniger als halb so hoch wie im Vorjahr ausfiel. Die Verbesserung hing in etwa zu gleichen Teilen an den konsumtiven und den investiven Komponenten der Primärsaldobetrachtung. Für den konsumtiven Primärsaldo bedeutete dies, dass 2007 der im wesentlichen aus den steuerabhängigen Einnahmen resultierende Überschuss im Vorjahresvergleich um 100 Mio. € auf 303 Mio. € anstieg.



Schuldenentwicklung

Die Neuverschuldung des Stadtstaates Bremen (einschließlich BKF und sonstige Sondervermögen) betrug 2007 911 Mio. € und führte zum 31.12.2007 zu einem **Schuldenstand** in Höhe von 14,431 Mrd. €. Aufgrund steuerlicher Mehreinnahmen und Vermeidung zusätzlicher Ausgaben konnte die Neuverschuldung um rd. 274 Mio. € unter den ursprünglichen Planungen gehalten werden. Ein erheblicher Anteil der Schuldenaufnahme entfiel auch 2007 auf Hafeninvestitionen (u.a. CT IV und Kaiser-schleuse), deren Finanzierung Bremen im Wesentlichen alleine zu tragen hat. 106 Mio. € Schulden wurden von der bremenports finance GmbH auf das Sondervermögen Hafen übertragen bzw. umgeschuldet. Die Pro-Kopf-Verschuldung beträgt knapp 21.751 €

Zinsausgaben und Schuldenstand 1980 - 2011*)
 (Stadtstaat Bremen; in Mio. EURO)



*) Ohne Kassenverstärkungskredite ; einschließl. Schulden bei Sondervermögen und BKF; ab 2008 Finanzplanung 2007/2011